

# Zangengeburt der Arbeitsmarkt-Reform zerreißt Frankreichs Linke

SP-Premier Valls boxt das neue Arbeitsgesetz im Parlament per Sonderparagrafen durch. Damit umgeht er eine Abstimmung, bei der ein Drittel der eigenen Abgeordneten der Reform ihre Unterstützung verweigert hätte. Die Kernanhngerschaft der französischen Linken ist schwer enttäuscht bis verbittert. Linksradikale häufen Angriffe auf SP-Parteilokale und Drohungen gegen SP-Abgeordnete. Die Sommer-Akademie der SPF musste abgesagt werden. Aber die Staatsführung glaubt an die Wirksamkeit ihres sozialliberalen Kurses im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

Lieber ein Ende mit Schrecken als eine Schrecken ohne Ende. Es ist in etwa dieses Motto, das SP-Premier Manuel Valls am Dienstag zur Ankündigung veranlasste, das umstrittene neue Arbeitsmarkt-Gesetz ohne weiteren Aufschub im französischen Nationalrat mit Hilfe eines Sonderparagrafen durchzuboxen. Kritiker in den eigenen SP-Reihen wollten noch hunderte Abänderungsanträge einbringen. Gleichzeitig organisierten zwei der drei großen Gewerkschaftsbnde Frankreichs den zwlfsten Protesttag seit März mit landesweiten Demos, an denen sich freilich immer weniger Personen beteiligten.

Die Kritiker sprechen von einer Missachtung des Parlaments, weil Valls die Arbeitsmarktreform als solche nicht zur Abstimmung brachte (es hätten zu viele, SP-Abgeordnete dagegen gestimmt). Stattdessen präsentierte er das Gesetz eingebettet in die Vertrauensfrage für seine Regierung, wohl wissend, dass in diesem Fall kaum eigene Parlamentarier einen Misstrauensantrag und damit den Sturz der SP-Regierung unterstützen würden.

Für die aktivsten Teile der Linken ist die Arbeitsmarktreform der Gipfel des Verrats: kritisiert werden die teilweise Lockerung des Kündigungsschutz und die Erleichterung von innerbetrieblichen Vereinbarungen. Diese betreffen flexiblere Arbeitszeiten und die Verringerung der Überstundenzuschläge. Die Unternehmer würden so Kollektivverträge unterlaufen, um Gehaltsverzicht und Mehrarbeit zu erzwingen, sagen die Kritiker.

Die Gesetzesbefrworter verweisen darauf, dass innerbetriebliche Vereinbarungen angesichts der Wettbewerbserfordernisse bereits laufend zustande kommen, und von Betriebsräten jener Gewerkschaften, die die Arbeitsmarktreform offiziell bekämpfen, vor Ort dann doch unterzeichnet werden. Das neue Gesetz würde nun diese Entwicklung begleiten, indem es das gewerkschaftliche Mitspracherecht vor allem in kleineren Betrieben stärkt und den Arbeitnehmern im Fall von Jobwechsel neue soziale Begleitmaßnahmen gewährt.

Die SP-Staatsspitze um Präsident Francois Hollande und Premier Valls will jedenfalls an ihrem sozialliberalen Kurs, der den Unternehmern auch steuerlich entgegenkommt, festhalten. Die SP-Führung fühlt sich darin bestärkt, weil zumindest vor der jüngsten Streikwelle ein erstmaliger leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit und ein Anstieg des Wirtschaftswachstums verzeichnet wurden.

Aber unter den Aktivisten und Kernanhängern der Linken überwiegt einstweilen die Enttäuschung bis hin zur Wut. Linksaußen-Gruppen haben in den letzten Wochen 30 SP-Parteilokale angegriffen. Die Attacken reichten von Schmierereien, eingeschlagenen Fensterscheiben bis hin zu Schüssen. SP-Abgeordnete zeigen sich kaum in ihren Wahlkreisen aus Angst vor tätlichen Übergriffen. Die SP hat sogar ihre alljährliche Sommerakademie aus Furcht vor Zwischenfällen abgeblasen.